

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 08 | 25.02.2022

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre  
Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## PLATZ FÜR DICH!

### PRAKTIKUM ÖFFENTLICHE VERWALTUNG FÜR STUDIERENDE DER RECHTS-WISSENSCHAFTEN

Der Fachbereich Öffentliches Recht bietet in Kooperation mit dem Land Oberösterreich und der Landeshauptstadt Linz im Rahmen des Studienschwerpunkts Öffentliche Verwaltung des Diplomstudiums Rechtswissenschaften interessierten Studierenden die Möglichkeit eines qualitativ hochwertigen, dreimonatigen Praktikums beim Land Oberösterreich (Bezirkshauptmannschaften in Linz und ganz Oberösterreich) oder bei der Landeshauptstadt Linz (Magistrat)..!

Alle Informationen zur Stellenausschreibung und Bewerbung finden Sie [hier](#).

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl I 13/2022](#)

Kundmachung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über das **Inkrafttreten des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes** (In Kraft getreten am 1. Jänner 2022)

### [BGBl II 59/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport gemäß § 3 Abs 1 des Bundesgesetzes über die Errichtung eines Non-Profit-Organisationen Unterstützungsfonds betreffend Richtlinien über die Gewährung von Unterstützungsleistungen an Organisationen gemäß § 1 Abs 2 des Bundesgesetzes über die Errichtung eines Non-Profit-Organisationen Unterstützungsfonds, welche im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Erregers SARS-CoV-2 und den dadurch verursachten Auswirkungen geboten sind, damit diese Organisationen in die Lage versetzt werden, ihre statutengemäßen Aufgaben weiter zu erbringen (**4. NPO-Fonds-Richtlinienverordnung** – 4. NPO-FondsRLVO)

### [BGBl II 60/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung zur **Bewältigung der COVID-19 Folgen im Schulwesen** für das Schuljahr 2021/22 geändert wird

### [BGBl II 61/2022](#)

Verordnung des Vorstands der E-Control über die EAG-Kostenbefreiung und Kostendeckelung für Haushalte (**EAG-Befreiungsverordnung**)

### [BGBl II 62/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, geändert wird (5. Novelle zur **4. COVID-19-Maßnahmenverordnung**)

### [BGBl II 63/2022 \(Anlage D; Anlage E\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Einreiseverordnung 2021 geändert wird (13. Novelle zur **COVID-19-Einreiseverordnung 2021**)

### [BGBl II 67/2022](#)

Verordnung der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, der Bundesministerin für Justiz, der Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus und des Bundeskanzlers, mit der die Verordnung über die **Erstellung von Indizes der Preisentwicklung in der Wirtschaft** geändert wird

## II. AMTSBLATT DER EU

### [ABI L 37 v 18.02.2022, 1](#)

Richtlinie (EU) 2022/211 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2022 zur Änderung des **Rahmenbeschlusses 2002/465/JI** des Rates im Hinblick auf dessen Angleichung an die Unionsvorschriften über den **Schutz personenbezogener Daten**

### [ABI L 39 v 21.02.2022, 1](#)

Richtlinie (EU) 2022/228 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2022 zur Änderung der **Richtlinie 2014/41/EU** im Hinblick auf deren Angleichung an die Unionsvorschriften über den **Schutz personenbezogener Daten**

### [ABI L 45 v 24.02.2022, 1](#)

Endgültiger Erlass (EU, Euratom) 2022/182 des **Gesamthaushaltsplans** der Europäischen Union für das **Haushaltsjahr 2022**

## III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

#### 29.11.2021, [V 480/2020](#)

**StVO**; Verstoß einer **Halte- und ParkverbotsVO** in Linz gegen die Pflicht zur genauen Festlegung des **örtlichen Geltungsbereichs** nach der StVO; Unklarheit auf Grund der örtlichen Verhältnisse, welche Parkplätze vom Parkverbot erfasst sind, verhindert zweifelsfreie Festlegung des Gültigkeitsbereichs aus Sicht der Normunterworfenen; keine ordnungsgemäße Kundmachung der Verkehrsbeschränkung durch Anbringung von – vom Ordnungstext abweichender – Zusatztafeln

29.11.2021, [E 2089/2021](#)

**EpidemieG**; Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch Abweisung eines Antrags auf finanzielle Vergütung einer Gesellschaft nach dem EpidemieG für deren Verdienstentgang durch die **Schließung von Seilbahn- und Beherbergungsbetrieben** auf Grund der VO einer Sbg Bezirkshauptmannschaft; Verdienstentgänge durch Betriebsschließungen für öffentliche Verkehrsanstalten sind einem Vergütungsanspruch nach dem EpidemieG zugänglich

29.11.2021, [E 2865/2021](#)

**AsylG**; **Geschäftsverteilung des BVwG für das Geschäftsjahr 2021**; Entzug des **gesetzlichen Richters** durch Entscheidung eines (männlichen) Richters des BVwG betreffend die Abweisung des Status der Asylberechtigten bei vorgebrachter drohender Zwangsverheiratung einer weiblichen Staatsangehörigen des Iraks

29.11.2021, [E 2880/2021](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; mangelhafte Auseinandersetzung mit der sich äußerst rasch ändernden Situation betreffend die kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung und ihren Truppen; mangelhafte Prüfung der laufenden Entwicklung bei extremer Volatilität der Sicherheitslage auch in Orten der innerstaatlichen Fluchtalternative; mangelhafte Auseinandersetzung mit aktuellen Länderberichten

29.11.2021, [E 2994/2021](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung des **Asylantrags** eines Staatsangehörigen von Syrien mangels Auseinandersetzung mit dem insbesondere in der Beschwerdeverhandlung vorgebrachten Fluchtvorbringen zur Zwangsrekrutierung

29.11.2021, [E 3459/2021](#)

**AsylG**; Verletzung im **Recht auf Leben** und im **Recht, nicht der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen zu werden** durch die Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** an einen Staatsangehörigen von Afghanistan; Verkennung der spätestens seit 20.07.2021 erkennbaren extremen Volatilität der Sicherheitslage begründet eine reale Gefahr der Verletzung der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte durch die später ergangene Entscheidung

29.11.2021, [E 3639/2021](#)

**EpidemieG**; Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch Abweisung eines Antrags auf finanzielle Vergütung einer Gesellschaft nach dem EpidemieG für deren Verdienstentgang durch die **Schließung von Seilbahn- und Beherbergungsbetrieben** auf Grund der VO einer Sbg Bezirkshauptmannschaft; Verdienstentgänge durch Betriebsschließungen für öffentliche Verkehrsanstalten sind einem Vergütungsanspruch nach dem EpidemieG zugänglich

29.11.2021, [E 3695/2021](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung eines Antrags auf **internationalen Schutz** betreffend einen von Myanmar nach Bangladesch geflüchteten Angehörigen der Volksgruppe der Rohingya; mangelhafte Auseinandersetzung mit der Herkunft des Beschwerdeführers; mangelnde Auseinandersetzung mit dem vorgebrachten Fluchtvorbringen

30.11.2021, [E 2716/2021](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status eines subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; mangelhafte Auseinandersetzung mit der sich äußerst rasch ändernden Situation betreffend die kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung und ihren Truppen; mangelhafte Prüfung der laufenden Entwicklung bei extremer Volatilität der Sicherheitslage auch in Orten der innerstaatlichen Fluchtalternative; mangelhafte Auseinandersetzung mit aktuellen Länderberichten

30.11.2021, [E 3097/2021](#)

**AsylG**; Verletzung im **Recht auf Leben** und im **Recht, nicht der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen zu werden** durch Zurückweisung des Antrags eines afghanischen Staatsangehörigen betreffend den Status eines subsidiär Schutzberechtigten wegen entschiedener Sache; Verkennung der spätestens seit 20.07.2021 erkennbaren extremen Volatilität der Sicherheitslage begründet eine reale Gefahr der Verletzung der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte durch die später ergangene Entscheidung

30.11.2021, [E 3137/2021 ua](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Nichtzuerkennung des **Asylstatus** betreffend eine Familie mit drei minderjährigen Kindern von Staatsangehörigen von Afghanistan; Aktenwidrigkeit der Feststellungen betreffend die Erstbeschwerdeführerin, insbesondere bezogen auf deren Lebensgestaltung und Sprachkenntnissen

30.11.2021, [E 3453/2021](#)

**AsylG**; Verletzung im **Recht auf Leben** und im **Recht, nicht der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen zu werden** durch die Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** an einen Staatsangehörigen von Afghanistan; Verkennung der spätestens seit 20.07.2021 erkennbaren extremen Volatilität der Sicherheitslage begründet eine reale Gefahr der Verletzung der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte durch die später ergangene Entscheidung

15.12.2021, [E 2955/2021](#)

**AsylG**; Verletzung im **Recht auf Leben** und im **Recht, nicht der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen zu werden** durch die Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** an einen Staatsangehörigen von Afghanistan; Verkennung der spätestens seit 20.07.2021 erkennbaren extremen Volatilität der Sicherheitslage begründet eine reale Gefahr der Verletzung der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte durch die später ergangene Entscheidung

15.12.2021, [E 3020/2021](#)

**AsylG**; Verletzung im **Recht auf Leben** und im **Recht, nicht der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen zu werden** durch die Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** an einen Staatsangehörigen von Afghanistan; Verkennung der spätestens seit 20.07.2021 erkennbaren extremen Volatilität der Sicherheitslage begründet eine reale Gefahr der Verletzung der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte durch die später ergangene Entscheidung

15.12.2021, [E 3242/2021](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Zurückweisung eines Antrags auf **internationalen Schutz** eines in Griechenland als Schutzberechtigter anerkannten Staatsangehörigen von Afghanistan; mangelhafte Ermittlungen zur Versorgung in Griechenland auf Grund der sich aus den Länderberichten ergebenden allgemeinen Situation von Schutzberechtigten in Griechenland; keine Feststellungen betreffend die Sicherstellung einer Unterkunft, von Nahrungsmitteln oder sanitären Einrichtungen im Falle einer Rückkehr

15.12.2021, [E 3375/2021](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigter** betreffend einen Staatsangehörigen des Iraks; mangelhafte Auseinandersetzung mit der sich aus den Länderberichten ergebenden Sicherheitslage in der Herkunftsprovinz und mangelnde Auseinandersetzung mit dem Bestehen einer innerstaatlichen Fluchtalternative

15.12.2021, [E 3448/2021](#)

**AsylG**; Verletzung im **Recht auf Leben** und im **Recht, nicht der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen zu werden** durch die Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** an einen Staatsangehörigen von Afghanistan; Verkennung der spätestens seit 20.07.2021 erkennbaren extremen Volatilität der

Sicherheitslage begründet eine reale Gefahr der Verletzung der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte durch die später ergangene Entscheidung

15.12.2021, [E 3505/2021](#)

**AsylG**; Verletzung im **Recht auf Leben** und im **Recht, nicht der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen zu werden** durch die Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** an einen Staatsangehörigen von Afghanistan; Verkennung der spätestens seit 20.07.2021 erkennbaren extremen Volatilität der Sicherheitslage begründet eine reale Gefahr der Verletzung der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte durch die später ergangene Entscheidung

15.12.2021, [E 3355/2021](#)

**AsylG**; Verletzung im **Recht auf Leben** und im **Recht, nicht der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen zu werden** durch die Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** an einen Staatsangehörigen von Afghanistan; Verkennung der spätestens seit 20.07.2021 erkennbaren extremen Volatilität der Sicherheitslage begründet eine reale Gefahr der Verletzung der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte durch die später ergangene Entscheidung; Abweisung des nach Beschwerdeerhebung und Entrichtung der Eingabengebühr gestellten Verfahrenshilfeantrags mangels Rückwirkung

## **B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF**

21.10.2021, [Ra 2021/04/0119](#)

**SPG**; gem § 67 SPG darf durch die Sicherheitsbehörden ua dann eine **DNA-Probe** einer Person abgenommen werden, wenn diese im Verdacht steht, „eine mit **mindestens einjähriger Freiheitsstrafe** bedrohte vorsätzliche gerichtlich strafbare Handlung begangen zu haben“; die Schwelle, ab wann eine DNA-Probe entnommen werden darf, orientiert sich an jener Schwelle, ab wann ein Europäischer Haftbefehl erlassen werden darf; ein solcher Haftbefehl kann gem § 4 EU-JZG dann erlassen werden, wenn die verfolgte Handlung im Ausstellungsstaat mit einer Strafe bedroht ist, deren Obergrenze mind ein Jahr beträgt; die betreffende Wortfolge in § 67 SPG ist daher so zu verstehen, dass jene gerichtlich strafbaren Handlungen umfasst sein sollen, deren Begehung mit mind bis zu einem Jahr Freiheitsstrafe bedroht sind

07.02.2022, [Ra 2021/03/0277](#)

**3. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung**; der VwGH setzte sich mit der Frage auseinander, ob die Behörde ein zur **Glaubhaftmachung der Unzumutbarkeit** des Tragens eines **Mund-Nasen-Schutzes** vorgelegtes **ärztliches Attest** inhaltlich überprüfen darf; das Vorliegen einer solchen Unzumutbarkeit war gem § 16 Abs 2 3. COVID-19-NotmaßnahmenVO mit einer von einem Arzt ausgestellten Bestätigung (ärztliches Attest) glaubhaft zu machen; daher ist die Unzumutbarkeit aus gesundheitlichen Gründen – durch eine Vorlage eines ärztlichen Attests – glaubhaft zu machen und nicht das Vorliegen eines ärztlichen Attests per se; wenn die Behörde vermutet, dass das vorlegte Attest entgegen den Anforderungen an ein ärztliches Zeugnis iSd § 55 ÄrzteG ausgestellt wurde („Gefälligkeitsattest“), so reicht dieses Attest für eine Glaubhaftmachung der Unzumutbarkeit nicht aus

## **C. VERWALTUNGSGERICHE**

**BVwG 04.01.2022, [W203 2245667-1](#)**

**UniversitätsG**; bei Prüfungen, die auf elektronischem Weg durchgeführt werden, bedarf es einer möglichst verlässlichen, zumutbaren Verfahrensaufwand nicht übersteigenden Identitätskontrolle der Prüfungskandidaten; **Identitätsfeststellungen** „insbesondere durch eine passwortgeschützte Zutrittskontrolle mittels Einschreibeschlüssel“ erfüllen aber nicht die Mindestanforderungen an eine verlässliche Identitätsfeststellung; vielmehr erscheint es geboten, dass bei **elektronischen Prüfungen** die Möglichkeit besteht, zumindest stichprobenartig visuell oder akustisch Kontakt zwischen Prüfer und Prüfungskandidat aufzunehmen, um so mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen zu können, dass die erbrachten Leistungen tatsächlich dem zur Prüfung angemeldeten Prüfungskandidaten zuzurechnen sind

LVwG OÖ 10.01.2022, [LVwG-751725](#)

**Niederlassungs- und AufenthaltsG**; zwar spricht § 54 Abs 1 Z 1 AsylG in Zusammenhang mit einer „Aufenthaltsberechtigung plus“ von „Aufenthalt“, jedoch ist bei einer „**Aufenthaltsberechtigung plus**“ gem § 55 Abs 1 AsylG, die bis 31. Dezember 2013 als Niederlassungstitel gem § 41a Abs 9 Niederlassungs- und AufenthaltsG idF BGBl I 50/2012 („Rot-Weiß-Rot – Karte plus“) erteilt wurde, eine **Niederlassung** iSd leg cit anzunehmen, da eine Verschlechterung der Rechtsposition der Betroffenen bei der Neugestaltung nicht beabsichtigt war; der Aufenthalt aufgrund einer „Aufenthaltsberechtigung plus“ nach dem AsylG ist einer Niederlassung nach dem Niederlassungs- und AufenthaltsG gleichzusetzen, sodass der Aufenthalt aufgrund einer „Aufenthaltsberechtigung plus“ gem § 55 Abs 1 AsylG als Niederlassung iSd § 20 Abs 1a Z 2 Niederlassungs- und AufenthaltsG zu werten ist

LVwG OÖ 31.01.2022, [LVwG-380003](#), [370021](#)

**ABGB; VwGVG**; das Handeln der belangten Behörde aufgrund der Bestellung des Landes OÖ zum Kollisionskurator durch die **ordentliche Gerichtsbarkeit** ist dieser zuzurechnen; es handelt sich somit um Handlungen, die der gerichtlichen Bestellung zum Kollisionskurator zuzurechnen sind; das **Exekutions- und Unterhaltsverfahren** stellt ein Verfahren der ordentlichen Gerichtsbarkeit dar; schon mangels Vorliegens eines verwaltungsbehördlichen Akts waren die ggst Maßnahmenbeschwerden daher zurückzuweisen und somit scheidet auch eine Säumnis iSd § 8 VwGVG schon mangels Vorliegens eines „Verwaltungsverfahrens“ aus

LVwG Tirol 27.01.2022, [LVwG-2022/44/0085-2](#)

**AbfallwirtschaftsG; WasserrechtsG**; die objektive Abfalleigenschaft iSd § 2 Abs 1 Z 2 AbfallwirtschaftsG wird von der Behörde damit begründet, dass aufgrund der fehlenden Trockenlegung des Fahrzeugs eine Gefahr für Gewässer und Böden iSd § 1 Abs 3 Ziffer 2 leg cit entstanden sei; die **Bestrafung wegen der Lagerung des gefährlichen Abfalls** deckt bereits den gesamten Unrechtsgehalt der damit verbundenen Gefahr einer **Gewässerverunreinigung** ab; das mit der Abfalllagerung verwirklichte Tatbild konsumiert daher das Tatbild der Gefahr einer Gewässerverunreinigung nach § 31 Abs 1 iVm § 137 Abs 2 Ziffer 4 WasserrechtsG; aufgrund dieser **Scheinkonkurrenz** kommt keine zusätzliche Bestrafung nach dem leg cit in Betracht

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

[22.02.2022, Rs C-160/20, Stichting Rookpreventie Jeugd ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2014/40/EU – Herstellung, Aufmachung und Verkauf von **Tabakerzeugnissen** – Erzeugnisse, die die **Emissionshöchstwerte** nicht einhalten – Verbot des Inverkehrbringens – Messverfahren – Zigaretten mit kleinen Belüftungslöchern im Filter – Messung der Emissionen auf der Grundlage von **ISO-Normen** – Normen, die nicht im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht wurden – Vereinbarkeit mit den in Art 297 Abs 1 AEUV vorgesehenen **Veröffentlichungserfordernissen** in Verbindung mit dem Grundsatz der Rechtssicherheit – Vereinbarkeit mit dem Transparenzgrundsatz

[22.02.2022, Rs C-300/20, Bund Naturschutz in Bayern](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – Richtlinie 2001/42/EG – Prüfung der **Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme** – Art 2 Buchst a – Begriff ‚Pläne und Programme‘ – Art 3 Abs 2 Buchst a – Rechtsakte, die in bestimmten Bereichen ausgearbeitet werden und durch die ein Rahmen für die künftige Genehmigung der in den Anhängen I und II der **Richtlinie 2011/92/EU aufgeführten Projekte** gesetzt wird – Art 3 Abs 4 – Rechtsakte, durch die ein Rahmen für die künftige Genehmigung von Projekten gesetzt wird – Von einer lokalen Behörde erlassene **Landschaftsschutzverordnung**

[22.02.2022, Rs C-483/20, Commissaire général aux réfugiés und aux apatrides \(Unité familiale – Protection déjà accordée\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Politik im Bereich Asyl – Gemeinsame Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes – Richtlinie 2013/32/EU – Art 33 Abs 2 Buchst a – Unzulässigkeit eines **Antrags auf internationalen Schutz** eines Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat, dem in einem anderen Mitgliedstaat die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt wurde, während sich das minderjährige Kind dieses Drittstaatsangehörigen mit subsidiärem Schutzstatus im erstgenannten Mitgliedstaat aufhält – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 7 – Recht auf Achtung

des Familienlebens – Art 24 – **Kindeswohl** – Kein Verstoß gegen die Art 7 und 24 der Charta der Grundrechte bei Unzulässigkeit eines Antrags auf internationalen Schutz – Richtlinie 2011/95/EU – Art 23 Abs 2 – Pflicht der Mitgliedstaaten, für die **Aufrechterhaltung des Familienverbands** der Personen, denen internationaler Schutz zuerkannt worden ist, Sorge zu tragen

#### [22.02.2022, Rs C-430/21, RS \(Effet des arrêts d'une cour constitutionnelle\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsstaatlichkeit – **Unabhängigkeit der Justiz** – Art 19 Abs 1 Unterabs 2 EUV – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Vorrang des Unionsrechts – Fehlende Befugnis eines nationalen Gerichts, nationale Rechtsvorschriften, die vom Verfassungsgericht des betreffenden Mitgliedstaats **für verfassungsgemäß erklärt** wurden, auf ihre **Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht** zu prüfen – Disziplinarverfahren

#### [22.02.2022, verb Rs C-562/21 PPU u C-563/21 PPU, Openbaar Ministerie \(Tribunal établi par la loi dans l'État membre d'émission\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Eilvorabentscheidungsverfahren – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – **Europäischer Haftbefehl** – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – Art 1 Abs 3 – **Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten** – Vollstreckungsvoraussetzungen – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 47 Abs 2 – **Grundrecht auf ein faires Verfahren** vor einem unabhängigen, unparteiischen und zuvor durch Gesetz errichteten Gericht – Systemische oder allgemeine Mängel – **Zweistufige Prüfung** – Anwendungskriterien – Pflicht der vollstreckenden Justizbehörde, konkret und genau zu prüfen, ob es ernsthafte und durch Tatsachen bestätigte Gründe für die Annahme gibt, dass die Person, gegen die ein Europäischer Haftbefehl ergangen ist, im Fall der Übergabe einer echten Gefahr der Verletzung ihres Grundrechts auf ein faires Verfahren vor einem unabhängigen, unparteiischen und zuvor durch Gesetz errichteten Gericht ausgesetzt ist

#### [24.02.2022, verb Rs C-143/20 u C-213/20, A \(Contrats d'assurance « unit-linked »\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freier Dienstleistungsverkehr – Direktversicherung (Lebensversicherung) – **Fondsgebundene („unit linked“) Lebensversicherungsverträge** – Richtlinie 2002/83/EG – Art 36 – Richtlinie 2002/92/EG – Art 12 Abs 3 – **Vorvertragliche Mitteilungspflicht** – Informationen über die Art der bei fondsgebundenen („unit linked“) Versicherungsverträgen zugrunde liegenden Vermögenswerte – Anwendungsbereich – Umfang – Richtlinie 2005/29/EG – Art 7 – Unlautere Geschäftspraktiken – Irreführende Unterlassung

#### [24.02.2022, Rs C-175/20, Valsts ienēmu dienests \(Traitement des données personnelles à des fins fiscales\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 2 – Anwendungsbereich – Art 4 – **Begriff ‚Verarbeitung‘** – Art 5 – Grundsätze der Verarbeitung – Zweckbindung – Datenminimierung – Art 6 – Rechtmäßigkeit der Verarbeitung – Verarbeitung, die für die **Wahrnehmung einer Aufgabe von öffentlichem Interesse**, die dem für die Verarbeitung Verantwortlichen übertragen wurde, erforderlich ist – Verarbeitung, die für die Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung des für die Verarbeitung Verantwortlichen erforderlich ist – Art 23 – Einschränkungen – **Datenverarbeitung für steuerliche Zwecke** – Ersuchen um Offenlegung von Informationen über Online-Verkaufsinserate für Fahrzeuge – Verhältnismäßigkeit

#### [24.02.2022, Rs C-226/20 P, Eurofer/Kommission](#)

Rechtsmittel – **Dumping** – Einfuhren bestimmter **warmgewalzter Flacherzeugnisse aus Eisen**, nicht legiertem Stahl oder anderem legiertem Stahl mit Ursprung in Brasilien, Iran, Russland, Serbien und der Ukraine – Einstellung des Verfahrens betreffend die Einfuhren mit Ursprung in Serbien – **Feststellung der Schädigung** – Kumulative Beurteilung der Auswirkungen von Einfuhren aus mehr als einem Drittland – Verordnung (EU) 2016/1036 – Art 3 Abs 4 – Abschluss ohne Maßnahmen – Art 9 Abs 2 – ‚Unerheblichkeit‘ der Einfuhren – Geringfügigkeitsschwelle – Ermessen der Europäischen Kommission

#### [24.02.2022, Rs C-257/20, „Viva Telecom Bulgaria“](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – **Quellenbesteuerung der fiktiven Zinsen** eines zinslosen Darlehens, das einer gebietsansässigen Gesellschaft von ihrer gebietsfremden Muttergesellschaft gewährt wird – Richtlinie 2003/49/EG – Zinszahlungen zwischen **verbundenen Unternehmen** verschiedener Mitgliedstaaten – Art 1 Abs 1 – Befreiung vom Steuerabzug an der Quelle – Art 4 Abs 1 Buchst d – Ausschluss bestimmter Zahlungen – Richtlinie 2011/96/EU – Körperschaftsteuer – Art 1 Abs 1 Buchst b – **Gewinnausschüttung einer gebietsansässigen Tochtergesellschaft** an die gebietsfremde Muttergesellschaft – Art 5 – Befreiung vom Steuerabzug an der Quelle – Richtlinie 2008/7/EG – Ansammlung von Kapital – Art 3 – Kapitalzuführungen – Art 5 Abs 1 Buchst a – Befreiung von direkten Steuern – Art 63 und 65 AEUV – Freier Kapitalverkehr – Besteuerung des Bruttobetrags der fiktiven Zinsen – Erstattungsverfahren, das zum Abzug der mit dem Darlehen

zusammenhängenden Ausgaben dient und gegebenenfalls zu einer Rückzahlung führt – Unterschiedliche Behandlung – Rechtfertigung – **Ausgewogene Aufteilung der Besteuerungsbefugnis** zwischen den Mitgliedstaaten – Effiziente Einziehung der Steuer – Bekämpfung der Steuerumgehung

#### [24.02.2022, Rs C-262/20, Glavna direksia „Pozharna bezopasnost i zashtita na naselenieto“](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – **Arbeitszeitgestaltung** – Richtlinie 2003/88/EG – Art 8 – Art 12 Buchst a – Art 20 und 31 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Verkürzung der normalen Dauer der **Nachtarbeit** im Vergleich zu derjenigen der Tagarbeit – Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor und Arbeitnehmer im privaten Sektor – **Gleichbehandlung**

#### [24.02.2022, Rs C-283/20, EULEX-KOSOVO](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) – **Rechtsstaatlichkeitsmission** der Europäischen Union im Kosovo (Eulex Kosovo) – Gemeinsame Aktion 2008/124/GASP – Art 8 Abs 3 und 5, Art 9 Abs 3 und Art 10 Abs 3 – **Eigenschaft als Arbeitgeber** des Missionspersonals – Art 16 Abs 5 – Surrogationswirkung

#### [24.02.2022, Rs C-290/20, Latvijas Gāze](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Erdgasbinnenmarkt – Richtlinie 2009/73/EG – Art 2 Nr 3 – **Begriff ‚Fernleitung‘** – Art 23 – Entscheidungsbefugnisse bezüglich des Anschlusses von Speicheranlagen, Flüssiggas (LNG)-Wiederverdampfungsanlagen und Industriekunden an das Fernleitungsnetz – Art 32 Abs 1 – **Netzzugang Dritter** – Möglichkeit des unmittelbaren Anschlusses von **Endkunden** an das Erdgasfernleitungsnetz

#### [24.02.2022, Rs C-389/20, TGSS \(Chômage des employés de maison\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gleichbehandlung von Männern und Frauen** im Bereich der sozialen Sicherheit – Richtlinie 79/7/EWG – Art 4 Abs 1 – Verbot jeglicher Diskriminierung aufgrund des Geschlechts – **Hausangestellte** – Schutz bei **Arbeitslosigkeit** – Ausschluss – Besonderer Nachteil für weibliche Beschäftigte – Legitime sozialpolitische Ziele – Verhältnismäßigkeit

#### [24.02.2022, Rs C-451/20, Airhelp \(Retard de vol de réacheminement\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Luftverkehr – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Art 3 Abs 1 – Anwendungsbereich – **Flugverbindung mit Anschlussflug** und Abflug- und Zielort in einem **Drittstaat** – Einheitliche Buchung bei einem Luftfahrtunternehmen der Gemeinschaft – Zwischenlandung im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats – Art 5 Abs 1 Buchst c Ziff iii und Art 7 – **Verspäteter Alternativflug** – Berücksichtigung der tatsächlichen Ankunftszeit für die Ausgleichsleistung

#### [24.02.2022, Rs C-452/20, Agenzia delle dogane e dei monopoli und Ministero dell'Economia e delle Finanze](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – Richtlinie 2014/40/EU – Art 23 Abs 2 – **Rahmenübereinkommen der Weltgesundheitsorganisation** zur Eindämmung des **Tabakkonsums** – Verbot des Verkaufs von Tabakerzeugnissen an Minderjährige – Sanktionssystem – Wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen – Verpflichtung für die Verkäufer von Tabakerzeugnissen, bei deren Verkauf das **Alter des Käufers zu überprüfen** – Bußgeld – Betrieb einer Tabakverkaufsstelle – Aussetzung der Betriebslizenz für einen Zeitraum von 15 Tagen – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – Vorsorgeprinzip

#### [24.02.2022, Rs C-463/20, Namur-Est Environnement](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – Richtlinie 2011/92/EU – **Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten Projekten** – Richtlinie 92/43/EWG – Erhaltung der natürlichen Lebensräume – Verhältnis zwischen dem **Prüfungs- und Genehmigungsverfahren** nach Art 2 der Richtlinie 2011/92/EU und einem nationalen Verfahren für Abweichungen von den in der Richtlinie 92/43/EWG vorgesehenen Maßnahmen zum Schutz von Arten – **Begriff der Genehmigung** – Komplexer Entscheidungsprozess – Prüfungspflicht – Sachliche Reichweite – Verfahrensstadium, in dem die Beteiligung der Öffentlichkeit am Entscheidungsprozess gewährleistet sein muss

#### [24.02.2022, Rs C-532/20, Alstom Transport](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 92/13/EWG – **Auftragsvergabe** durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor – Art 1 Abs 1 und 3 – Zugang zu Nachprüfungsverfahren – Art 2c – **Frist für die Beantragung einer Nachprüfung** – Berechnung – Nachprüfung einer Entscheidung über die Zulassung eines Bieters

#### [24.02.2022, Rs C-536/20, Tiketa](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2011/83/EU – Verbraucherverträge – **Begriff ‚Unternehmer‘** – **Informationspflicht** bei Fernabsatzverträgen – Anforderung, die erforderlichen Informationen in klarer und verständlicher Sprache und auf einem **dauerhaften Datenträger** zur Verfügung zu stellen

#### [24.02.2022, Rs C-563/20, ORLEN KolTrans](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Eisenbahnverkehr – Richtlinie 2001/14/EG – Art 4 – **Festsetzung der Wegeentgelte** durch Entscheidung des Betreibers – Art 30 Abs 2 – Verwaltungsrechtliche Beschwerde der Eisenbahnunternehmen – Art 30 Abs 6 – **Gerichtliche Nachprüfbarkeit** der Entscheidungen der Regulierungsstelle

#### [24.02.2022, Rs C-582/20, SC Cridar Cons](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 167 und 168 – **Recht auf Vorsteuerabzug** – Versagung – Steuerbetrug – **Beweiserhebung** – Aussetzung der Entscheidung über einen Steuerbescheid, mit dem das Recht auf Vorsteuerabzug versagt wird, bis zum Abschluss eines Strafverfahrens – **Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten** – Grundsatz der steuerlichen Neutralität – Recht auf eine gute Verwaltung – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

#### [24.02.2022, Rs C-605/20, Suzlon Wind Energy Portugal](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 2 Abs 1 Buchst c – Zeitliche Anwendbarkeit – Der Mehrwertsteuer unterliegende Leistungen – **Dienstleistungen gegen Entgelt** – Kriterien – **Beziehung innerhalb eines Konzerns** – Leistungen der Reparatur bzw des Austauschs von Bauteilen von Windkraftanlagen unter Garantie sowie der Erstellung von Berichten über Nichtkonformität – Belastungsanzeigen des Dienstleistungserbringers ohne Angabe der Mehrwertsteuer – **Vom Dienstleistungserbringer vorgenommener Abzug der Mehrwertsteuer** auf die Gegenstände und Dienstleistungen, die ihm von seinen Subunternehmern für die gleichen Leistungen in Rechnung gestellt wurden

#### [24.02.2022, verb Rs C-52/21 u C-53/21, Pharmacie populaire - La Sauvegarde](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freier Dienstleistungsverkehr – Art 56 AEUV – Beschränkungen – Steuerrecht – Körperschaftsteuer – **Verpflichtung der Erwerber von Dienstleistungen**, Belege über die von in einem anderen Mitgliedstaat ansässigen Dienstleistungserbringern **in Rechnung gestellten Beträge** auszustellen und an die **Steuerverwaltung zu übermitteln** – Keine solche Verpflichtung bei allein innerstaatlichen Dienstleistungen – Rechtfertigung – Wirksamkeit der Steuerkontrollen – Verhältnismäßigkeit

## **B. SCHLUSSANTRÄGE**

#### [22.02.2022, verb Rs C-14/21 u C-15/21, Sea Watch \(GA Rantos\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Seeverkehr – **Tätigkeit der Such- und Rettungseinsätze auf See** – Auf Schiffe anwendbare Rechtsvorschriften – Richtlinie 2009/16/EG – Kontrollbefugnisse des Hafenstaats – Art 3 – Geltungsbereich – Art 11 – Voraussetzungen für eine zusätzliche Überprüfung – Art 13 – Gründlichere Überprüfung – **Umfang der Kontrollbefugnisse** – Art 19 – **Festhalten von Schiffen**

#### [24.02.2022, Rs C-588/20, Daimler \(Ententes – Bennes à ordures ménagères\) \(GA Medina\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Wettbewerb – Anspruch auf Ersatz des durch eine gegen Art 101 AEUV verstoßende Praxis entstandenen Schadens – **Vereinbarungen, Beschlüsse und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen** – Kommissionsbeschluss, mit dem eine Zuwiderhandlung festgestellt wird – Vergleichsverfahren – Von der Zuwiderhandlung betroffene Produkte – **Lastkraftwagen** – Sonderfahrzeuge – Müllfahrzeuge

#### [24.02.2022, Rs C-625/20, INSS \(Cumul de pensions d'invalidité professionnelle totale\) \(GA Medina\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – **Gleichbehandlung von Männern und Frauen** im Bereich der sozialen Sicherheit – Richtlinie 79/7/EWG – Art 4 Abs 1 – **Berechnung der Leistungen** – Weigerung, zwei Renten wegen dauerhafter Berufsunfähigkeit im Rahmen desselben Systems der sozialen Sicherheit zuzuerkennen – Zuerkennung von zwei oder mehr

Leistungen wegen **Berufsunfähigkeit** im Rahmen verschiedener Systeme der sozialen Sicherheit – Relevante Vergleichsgruppen

[24.02.2022, Rs C-637/20, DSAB Destination Stockholm \(GA Capeta\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Steuerbare Umsätze – **Stadtkarte** – Richtlinie (EU) 2016/1065 – **Begriff ‚Gutschein‘**

[24.02.2022, Rs C-669/20, Veridos \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verfahren zur **Vergabe bestimmter öffentlicher Bauaufträge**, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge – Richtlinie 2014/24/EU – Richtlinie 2009/81/EG – Festlegung eines Kriteriums für die Bewertung eines **ungewöhnlich niedrigen Angebots** – Vorliegen von mindestens drei Angeboten

[24.02.2022, Rs C-673/20, Préfet du Gers und Institut National de la Statistique und des Études Économiques \(GA Collins\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsbürgerschaft** – Auslegung und Gültigkeit des Abkommens über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft – **Staatsangehöriger des Vereinigten Königreichs**, der seit mehr als 15 Jahren in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union wohnt und dem das Wahlrecht im Vereinigten Königreich entzogen wurde – **Streichung aus dem Wählerverzeichnis** des Wohnsitzmitgliedstaats

[24.02.2022, Rs C-36/21, Sense Visuele Communicatie en Handel \(GA Medina\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Agrarpolitik – Verordnung Nr 1307/2013 – Direktzahlungen – **Zuweisung von Zahlungsansprüchen** – Art 30 Abs 6 – Nationale Reserve für **Junglandwirte** – Art 50 Abs 2 Buchst b – Begriff ‚Junglandwirte‘ – Unrichtige Informationen – Berechtigtes Vertrauen nach nationalem Recht – Schadensersatzklage – Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht

[24.02.2022, Rs C-99/21 P, Danske Slagtermestre/Kommission \(GA Rantos\)](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – Art 107 Abs 1 AEUV – **Gebührensysteem für die Abwassersammlung** – Beschwerde – Beschluss, mit dem das Nichtvorliegen einer **staatlichen Beihilfe** festgestellt wird – Nichtigkeitsklage – Zulässigkeit – Klagebefugnis – Art 263 Abs 4 AEUV – Rechtsakt mit Verordnungscharakter, der keine Durchführungsmaßnahmen nach sich zieht – Unmittelbare Betroffenheit

[24.02.2022, Rs C-110/21 P, Universität Bremen/REA \(GA Emiliou\)](#)

Rechtsmittel – Art 19 der Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Union – **Vertretung nicht privilegierter Kläger** in Klageverfahren – Verbindungen zwischen dem Rechtsvertreter und der von ihm vertretenen Partei, die seine Fähigkeit zur Vertretung dieser Partei vor den Unionsgerichten offensichtlich beeinträchtigen – **Vertretung durch einen Hochschullehrer** – Hochschullehrer der rechtsmittelführenden Universität mit persönlicher Verbindung zum Streitgegenstand – Möglichkeit der **Heilung eines Vertretungsmangels** – Recht auf Zugang zu einem Gericht – Einschränkungen

## C. GERICHT

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

## V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

## VI. COVID-19-MASSNAHMENGESETZE UND -VERORDNUNGEN

### A. COVID-19-MaßnahmenG

Titel	in Kraft ab	außer Kraft mit Ablauf des
COVID-19 Maßnahmengesetz, <a href="#">BGBl I 12/2020</a> , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	31.12.2020
2. COVID-19-Gesetz, <a href="#">BGBl I 16/2020</a> : in Art 26 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz BGBl I 12/2020, ausgegeben am 21.03.2020 (Fügt §4 Abs.2 zu COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 hinzu, der rückwirkend mit 16.03.2020 in Kraft tritt)	22.03.2020	<i>unverändert</i>
3. COVID-19-Gesetz, <a href="#">BGBl I 23/2020</a> : in Art 50 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz (BGBl I 12/2020, zuletzt geändert durch BGBl I 16/2020), ausgegeben am 04.04.2020	05.04.2020	<i>unverändert</i>
104. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950, das Tuberkulosegesetz und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 104/2020</a> , ausgegeben am 25.09.2020	26.09.2020	30.06.2021 (§2a tritt mit 26.09.2020 außer Kraft)
Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz) geändert wird, <a href="#">BGBl I 138/2020</a> , ausgegeben am 22.12.2020	23.12.2020	<i>unverändert</i>
23. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 23/2021</a> , ausgegeben am 20.01.2021	21.01.2021	<i>unverändert</i>
33. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 33/2021</a> , ausgegeben am 26.02.2021	27.02.2021	<i>unverändert</i>
82. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 82/2021</a> , ausgegeben am 14.05.2021	19.05.2021	<i>unverändert</i>
90. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 90/2021</a> , ausgegeben am 27.05.2021	28.05.2021	<i>unverändert</i>
100. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 100/2021</a> , ausgegeben am 28.05.2021	29.05.2021	<i>unverändert</i>
105. Bundesgesetz, mit dem das Suchtmittelgesetz, das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 105/2021</a> , ausgegeben am 28.06.2021	29.06.2021	31.12.2021

143. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 143/2021</a> , ausgegeben am 26.07.2021	27.07.2021	<i>unverändert</i>
183. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 183/2021</a> , ausgegeben am 22.10.2021	23.10.2021	30.06.2022
204. Bundesgesetz, mit dem das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, <a href="#">BGBl I 204/2021</a> , ausgegeben am 13.12.2021	14.12.2021	<i>unverändert</i>
255. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl. I Nr. 255/2021</a> , ausgegeben am 31.12.2021	01.01.2022	<i>unverändert</i>
6. Bundesgesetz, mit dem das COVID-19-Maßnahmengesetz und das Epidemiegesetz 1950 geändert werden, <a href="#">BGBl. I Nr. 6/2022</a> , ausgegeben am 04.02.2022	05.02.2022	<i>unverändert</i> (§ 9 Abs.3 tritt mit 05.02.2022 außer Kraft)

## **B. VO betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19**

96. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, <a href="#">BGBl II 96/2020</a> , ausgegeben am 15.03.2020  VfGH:  <a href="#">BGBl II 184/2021</a> : VfGH Teile von §1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 23.04.2021  <a href="#">BGBl II 501/2021</a> : VfGH: § 3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 30.11.2021	§§ 1 und 2 ab 16.03.2020  § 3 ab 17.03.2020	22.3.2020
110. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, <a href="#">BGBl II 110/2020</a> , ausgegeben am 20.03.2020	21.03.2020	13.04.2020
112. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, geändert wird, <a href="#">BGBl II 112/2020</a> , ausgegeben am 22.03.2020	23.03.2020	13.04.2020
130. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, <a href="#">BGBl II 130/2020</a> , ausgegeben am 02.04.2020  VfGH:  <a href="#">BGBl II 486/2020</a> : VfGH §3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	03.04.2020  §4 mit 04.04.2020	§§1-3 13.04.2020  §4 24.04.2020
151. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, <a href="#">BGBl II 151/2020</a> , ausgegeben am 09.04.2020  VfGH:  <a href="#">BGBl II 340/2020</a> : VfGH Teile von § 2 Abs 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 29.07.2020  <a href="#">BGBl. II Nr. 487/2020</a> : VfGH das Wort „angeschlossene“ in § 2 Abs 1 Z 12 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	14.04.2020	§§1-3 mit Ablauf des 30.04.2020  §4 mit Ablauf des 30.04.2020

162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, <a href="#">BGBl II 162/2020</a> , ausgegeben am 18.04.2020	19.04.2020  § 2 Z 24 ab 20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO, <a href="#">BGBl II 197/2020</a> , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft getreten		30.04.2020

### C. VO gem § 2 Z 1 des COVID-19-MaßnahmenG

98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, <a href="#">BGBl II 98/2020</a> , ausgegeben am 15.03.2020  VfGH:  <a href="#">BGBl II 351/2020</a> : VfGH hat § 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	16.03.2020	22.03.2020
107. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, <a href="#">BGBl II 107/2020</a> , ausgegeben am 19.03.2020  VfGH:  <a href="#">BGBl II 351/2020</a> : VfGH hat §§ 4 und 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	<i>unverändert</i>
108. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, <a href="#">BGBl II 108/2020</a> , ausgegeben am 19.03.2020 (lt BGBl) (lt RIS Eintrag kundgemacht am 20.03.2020)  VfGH:  <a href="#">BGBl II 351/2020</a> : VfGH hat § 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	13.04.2020
148. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, <a href="#">BGBl II 148/2020</a> , ausgegeben am 09.04.2020	14.04.2020	30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, <a href="#">BGBl II 162/2020</a> , ausgegeben am 18.04.2020	20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO <a href="#">BGBl II 197/2020</a> , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft		30.04.2020

### D. VO über die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe

97. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe festgelegt werden, <a href="#">BGBl II 97/2020</a> , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	16.03.2020
--	------------	------------

## E. VO über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem EpidemieG 1950 und dem COVID-19-MaßnahmenG

152. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz, <a href="#">BGBl II 152/2020</a> , ausgegeben am 10.04.2020	11.04.2020	14.07.2021
427. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, <a href="#">BGBl II 427/2020</a> , ausgegeben am 02.10.2020	03.10.2020	<i>unverändert</i>
30. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, <a href="#">BGBl II 30/2021</a> , ausgegeben am 22.01.2021	25.01.2021	<i>unverändert</i>
60. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, <a href="#">BGBl II 60/2021</a> , ausgegeben am 22.01.2021 (Datum später berichtigt) → <a href="#">BGBl II 95/2021</a> berichtigt <a href="#">BGBl II 60/2021</a> : statt ausgegeben am 22.01.2021 lautet es richtig „ausgegeben am 05.02.2021“	08.02.2021	<i>unverändert</i>
314. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz, <a href="#">BGBl. II 314/2021</a> , ausgegeben am 13.07.2021	14.07.2021	23.11.2021
483. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz, <a href="#">BGBl II 483/2021</a> , <a href="#">Anlage</a> , ausgegeben am 23.11.2021	24.11.2021	<i>Keine Angabe</i>
2. Verordnung, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, <a href="#">BGBl. II Nr. 2/2022</a> , ausgegeben am 03.01.2022	04.01.2022	<i>Keine Angabe</i>
44. Verordnung, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, <a href="#">BGBl. II Nr. 44/2022</a> , ausgegeben am 04.02.2022	05.02.2022	<i>Keine Angabe</i>

## F. COVID-19-LockerungsVO (COVID-19-LV) und COVID-19-MaßnahmenVO (COVID-19-MV)

### COVID-19-SchutzmaßnahmenVO (COVID-19-SchuMaV)

### COVID-19-NotmaßnahmenVO (COVID-19-NotMV)

<b>COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV</b>		
197. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Lockerungen der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen wurden (COVID-19-Lockerungsverordnung – <b>COVID-19-LV</b> ), <a href="#">BGBl II 197/2020</a> , ausgegeben am 30.04.2020 Außerdem lässt diese VO mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft treten:	01.05.2020	30.06.2020

<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, <a href="#">BGBI II 96/2020</a></li> <li>• Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, <a href="#">BGBI II 98/2020</a></li> </ul> <p>VfGH:</p> <p><a href="#">BGBI II 484/2020</a>: VfGH § 10 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p><a href="#">BGBI II 488/2020</a>: VfGH § 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p><a href="#">BGBI II 492/2020</a>: VfGH Wortfolge in § 1 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 20.11.2020</p> <p><a href="#">BGBI II 318/2021</a>: VfGH § 1 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 15.07.2021</p> <p><a href="#">BGBI II 359/2021</a>: VfGH § 2 Abs 1 Z 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 16.08.2021</p>		
<p>207. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird, <a href="#">BGBI II 207/2020</a>, ausgegeben am 13.05.2020</p> <p>VfGH:</p> <p><a href="#">BGBI II 485/2020</a>: VfGH § 6 Abs 1 und 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020, Aufhebung mit Ablauf des 31.12.2020 in Kraft</p> <p><a href="#">BGBI II 360/2021</a>: VfGH § 6 Abs 2 und 3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021</p>	15.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>231. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (<b>2. COVID-19-LV-Novelle</b>), <a href="#">BGBI II 231/2020</a>, ausgegeben am 27.05.2020</p> <p>VfGH:</p> <p><a href="#">BGBI II 485/2020</a>: VfGH § 6 Abs 5 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p><a href="#">BGBI II 360/2021</a>: VfGH § 6 Abs 7 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021</p>	29.05.2020	31.08.2020  § 9 (2) entfällt mit Ablauf 30.06.2020
<p>239. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (<b>3. COVID-19-LV-Novelle</b>), <a href="#">BGBI II 239/2020</a>, ausgegeben am 28.05.2020</p>	29.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>246. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (<b>4. COVID-19-LV-Novelle</b>), <a href="#">BGBI II 246/2020</a>, ausgegeben am 29.05.2020</p>	30.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>266. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (<b>5. COVID-19-LV-Novelle</b>), <a href="#">BGBI II 266/2020</a>, ausgegeben am 13.06.2020</p> <p>VfGH:</p> <p><a href="#">BGBI II 146/2021</a>: VfGH §4 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021</p>	15.06.2020	<i>unverändert</i>
<p>287. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (<b>6. COVID-19-LV-Novelle</b>), <a href="#">BGBI II 287/2020</a>, ausgegeben am 29.06.2020</p> <p>VfGH:</p> <p><a href="#">BGBI II 358/2021</a>: VfGH § 6 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 16.08.2021</p>	01.07.2020	31.12.2020
<p>299. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (<b>7. COVID-19-LV-Novelle</b>), <a href="#">BGBI II 299/2020</a>, ausgegeben am 02.07.2020</p>	03.07.2020	<i>unverändert</i>

<p>332. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (<b>8. COVID-19-LV-Novelle</b>), <a href="#">BGBl II 332/2020</a>, ausgegeben am 22.07.2020</p>	<p>24.07.2020</p>	<p><i>unverändert</i></p>
<p>342. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (<b>9. COVID-19-LV-Novelle</b>), <a href="#">BGBl II 342/2020</a>, ausgegeben am 29.07.2020</p> <p>VfGH: <a href="#">BGBl II 146/2021</a>: VfGH § 4 Abs 2 für gesetzwidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021</p>	<p>30.07.2020</p>	<p><i>unverändert</i></p>
<p>398. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (<b>10. COVID-19-LV-Novelle</b>), <a href="#">BGBl II 398/2020</a>, ausgegeben am 12.09.2020</p>	<p>14.09.2020</p>	<p><i>unverändert</i></p>
<p>407. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (<b>11. COVID-19-LV-Novelle</b>), <a href="#">BGBl II 407/2020</a>, ausgegeben am 18.09.2020</p> <p><i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV)</i></p>	<p>21.09.2020</p>	<p>§ 11 Abs 9 tritt mit 21.09.2020 außer Kraft</p>
<p><b>Neuer Titel: COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV</b></p>		
<p>412. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (<b>1. COVID-19-MV-Novelle</b>), <a href="#">BGBl II 412/2020</a>, ausgegeben am 24.09.2020</p>	<p>25.09.2020</p>	<p>„§ 10c samt Überschrift und die Anlage treten drei Tage nach Inkrafttreten der nächsten Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz außer Kraft“</p>
<p>446. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (<b>2. COVID-19-MV-Novelle</b>), <a href="#">BGBl II 446/2020</a>, ausgegeben am 15.10.2020</p> <p><i>Anmerkung: § 10c gelangt nur für Gelegenheitsmärkte zur Anwendung, die nach dem 13. November 2020 stattfinden</i></p>	<p>16.10.2020  § 10c 14.11.2020</p>	<p>§ 10b (4) mit 16.10. außer Kraft</p>
<p>455. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (<b>3. COVID-19-MV-Novelle</b>), <a href="#">BGBl II 455/2020</a>, ausgegeben am 22.10.2020</p> <p><i>Anmerkung: § 1 samt Überschrift, § 1a, § 2 Abs 5, § 4 Abs 2 und 3, § 6 Abs 1a, 1b, 2, 2a, 3a, 5a, 5b, 7 und 8, § 8 Abs 1, 1a und 2, § 9 Abs 1 und 3 samt Überschrift, § 9a, § 10 Abs 2, 2a, 3, 7, 8 und 10a, § 10a Abs 2, § 10b Abs 2, § 10d Abs 1, § 11, § 11a samt Überschrift und § 11b idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 24. Oktober 2020 in Kraft.</i></p> <p><i>§ 6 Abs 1a, 1b, 3b, § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5, idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 22. November 2020 außer Kraft. Mit 23. November 2020 treten § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5 idF der VO BGBl II 446/2020 wieder in Kraft.</i></p> <p><i>§ 6 Abs 1c, § 9 Abs 2 sowie § 10 Abs 5 und 10 idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 31. Oktober 2020 in Kraft.</i></p> <p><a href="#">BGBl II 11/2022</a>: VfGH: § 6 Abs. 1a, 1b und 3a für gesetzwidrig erklärt, ausgegeben am 14.01.2022</p>	<p>25.10.2020</p> <p>§§ 6 (1c), 9 (2), 10 (5) (10) ab 01.11.2020</p> <p>§§ 10 (2) S 1, 10 (5) idF 446/2020 ab 23.11.2020</p>	<p>§§ 6 (1a) (1b) (3b), 10 (1) S 1, 10 (5) mit Ablauf 22.11.2020 außer Kraft</p>

<p>456. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (<b>4. COVID-19-MV-Novelle</b>), <a href="#">BGBl II 456/2020</a>, ausgegeben am 22.10.2020</p> <p><i>Anmerkung: Laut COVID-19-SchuMaV tritt diese VO ab 03.11.2020 außer Kraft und sollte bei außer Kraft treten der COVID-19-SchuMaV wieder in Kraft treten idF vom 07.11.2020. ABER: Laut COVID-19-NotMV tritt die COVID-19-SchuMaV zwar mit 17.11.2020 außer Kraft, diese VO (COVID-19-MV) tritt aber <b>nicht</b> wieder in Kraft.</i></p>	07.11.2020	Tritt laut Covid-19-SchuMaV bereits <b>ab</b> 03.11.2020 außer Kraft.
<b>COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV</b>		
<p>463. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 463/2020</a>, ausgegeben am 01.11.2020</p> <p><i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, außer Kraft. Sie tritt mit dem Außerkrafttreten dieser VO wieder in Kraft und zwar in jener Fassung, die sie, wäre sie nicht außer Kraft getreten, mit 7. November 2020 auf Grund ihrer letzten Änderung durch die VO BGBl II 456/2020 erlangt hätte.</i></p>	03.11.2020	<del>30.11.2020</del> § 2 12.11.2020 <b>Schon mit Ablauf 16.11.2020 außer Kraft (lt. NotMV 479/2020)</b>
<p>472. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird, <a href="#">BGBl II 472/2020</a>, ausgegeben am 10.11.2020</p>	11.11.2020	
<p>476. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird (2. COVID-19-SchuMaV-Novelle), <a href="#">BGBl II 476/2020</a>, ausgegeben am 11.11.2020</p>	13.11.2020	§2 22.11.2020
<p>544. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>2. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 544/2020</a>, ausgegeben am 04.12.2020</p>	07.12.2020	<del>23.12.2020</del> § 2 16.12.2020 16.12.2020 (lt 566/2020)
<p>566. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>3. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 566/2020</a>, ausgegeben am 16.12.2020</p> <p><i>Anmerkung: Gleichzeitig tritt die 2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 544/2020, außer Kraft.</i></p> <p>Bis zum <u>18. Dezember 2020</u> gilt, dass der Betreiber seiner Verpflichtung gem § 10 Abs 4 nachkommt, wenn die Mitarbeiter durchgehend eine den Mund- und Nasenbereich abdeckende und eng anliegende mechanische Schutzvorrichtung tragen und für diese zweimal pro Woche ein Antigen-Test auf SARS-CoV-2 oder ein molekularbiologischer Test auf SARS-CoV-2 durchgeführt wird und dessen Ergebnis negativ ist. Im Fall eines positiven Testergebnisses kann das Einlassen abweichend davon dennoch erfolgen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. jedenfalls mindestens 48 Stunden Symptomfreiheit nach abgelaufener Infektion vorliegt und</li> <li>2. auf Grund der medizinischen Laborbefunde, insbesondere aufgrund des CT-Werts &gt;30, davon ausgegangen werden kann, dass keine Ansteckungsgefahr mehr besteht.</li> </ol> <p><u>Am 24. und 25. Dezember 2020 gilt:</u></p> <p>1. § 2 und § 13 Abs 3 Z 11 gelangen nicht zur Anwendung.</p>	17.12.2020  §§ 4 (4), 5 (6) Z 5, 12 (2) mit 24.12.2020	<del>26.12.2020</del>  § 4 (3) Z 3 <b>mit</b> 24.12.2020 außer Kraft

2. Abweichend von § 13 Abs 3 Z 10 sind Zusammenkünfte von nicht mehr als zehn Personen zulässig, wobei diese aus höchstens zehn verschiedenen Haushalten stammen dürfen. Für solche Zusammenkünfte gelangt § 13 Abs 4 nicht zur Anwendung.		
598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>3. COVID-19-SchuMaV</b> ), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, <a href="#">BGBl II 598/2020</a> , ausgegeben am 22.12.2020  VfGH:  <a href="#">BGBl II Nr. 361/2021</a> : VfGH die Wortfolge "mit höchstens 50 Personen" in § 12 Abs. 1 Z 7 für gesetzwidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021	23.12.2020  § 4 (3) Z 1 und Z 2 ab 24.12.2020	25.12.2020
58. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>4. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl II 58/2021</a> , ausgegeben am 05.02.2021	08.02.2021	17.02.2021
76. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird ( <b>1. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl II 76/2021</a> , ausgegeben am 17.02.2021	18.02.2021	27.02.2021
94. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird ( <b>2. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl II 94/2021</a> , ausgegeben am 25.02.2021	28.02.2021	09.03.2021
105. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird ( <b>3. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl II 105/2021</a> , ausgegeben am 08.03.2020	10.03.2021	14.03.2021
111. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird ( <b>4. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl II 111/2021</a> , ausgegeben am 12.03.2021	15.03.2021  § 6 (8) mit 01.04.2021	11.04.2021  <del>§ 2 mit Ablauf des 24.03.2021</del>
120. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird ( <b>5. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl. II 120/2021</a> , ausgegeben am 23.03.2021	25.03.2021	<i>unverändert</i>  §2 mit Ablauf des 03.04.2021
139. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird ( <b>6. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl II Nr. 139/2021</a> , ausgegeben am 30.03.2021	01.04.2021	25.04.2021  §2 mit Ablauf des 10.04.2021  §25 mit Ablauf des 06.04.2021 (NÖ, Bgld.), 10.04.2021 (Wien)
147. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird ( <b>7. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl II Nr. 147/2021</a> , ausgegeben am 06.04.2021	07.04.2021	25.04.2021

		§2 mit Ablauf des 16.04.2021 §25 mit Ablauf des 10.04.2021
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird ( <b>8. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 162/2021</a> , ausgegeben am 09.04.2021	11.04.2021	<i>Unverändert</i> §2 mit Ablauf des 20.04.2021 §25 mit Ablauf des 18.04.2021
171. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird ( <b>9. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 171/2021</a> , ausgegeben am 16.04.2021	19.04.2021	02.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 25.04.2021
181. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird ( <b>10. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 181/2021</a> , ausgegeben am 23.04.2021 Anmerkung: §2 tritt nun nicht mehr mit Ablauf des 28.04.2021 außer Kraft, sondern gemeinsam mit der restlichen VO mit Ablauf des 05.05.2021	26.04.2021	05.05.2021 <del>§2 mit Ablauf des 28.04.2021</del> §25 mit Ablauf des 02.05.2021
206. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird ( <b>11. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 206/2021</a> , ausgegeben am 04.05.2021	06.05.2021	18.05.2021 §2 mit Ablauf des 15.05.2021
221. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird ( <b>12. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 221/2021</a> , ausgegeben am 14.05.2021	16.05.2021	<i>unverändert</i>
465. Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (5. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>5. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl II 465/2021</a> , ausgegeben am 14.11.2021 <b>Mit Inkrafttreten der Verordnung BGBl II 475/2021 tritt die 5. COVID-19 SchuMaV außer Kraft</b>	15.11.2021	21.11.2021 (lt. BGBl II 475/2021) <del>24.11.2021</del>
467. Verordnung, mit der die 5. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (5. COVID-19-SchuMaV) geändert wird ( <b>1. Novelle zur 5. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 467/2021</a> , ausgegeben am 15.11.2021	16.11.2021	<i>unverändert</i>
537. Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>6. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl II 537/2021</a> , ausgegeben am 10.12.2021	12.12.2021	<del>21.12.2021</del> 31.12.2021 (lt. BGBl II 568/2021)

		10.01.2022 (lt. BGBl. II 601/2021) 20.01.2022 (lt. BGBl. II 6/2022) 30.01.2022 (lt. BGBl. II 24/2022)
556. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird ( <b>1. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II 556/2021</a> , ausgegeben am 16.12.2021	17.12.2021	§21 Abs. 13 mit 17.12.2021 <i>Rest: unverändert</i>
568. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird ( <b>2. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II 568/2021</a> , ausgegeben am 20.12.2021 <i>Manche §§ sind am 24., 25., 26. und 31. Dezember 2021 nicht anzuwenden.</i>	22.12.2021	31.12.2021
588. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird ( <b>3. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II 588/2021</a> , ausgegeben am 23.12.2021	27.12.2021	<i>unverändert</i>
601. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird ( <b>4. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 601/2021</a> , ausgegeben am 30.12.2021	§ 25 Abs. 1 und 7 ab 01.01.2022 § 2, § 3 Abs. 4, § 14 Abs. 2 Z 1a lit. c sowie § 21 Abs. 7 und 7a ab 03.01.2022	10.01.2022
602. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird ( <b>5. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 602/2021</a> , ausgegeben am 30.12.2021	02.01.2022	<i>unverändert</i>
6. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird ( <b>6. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 6/2022</a> , ausgegeben am 10.01.2022	11.01.2022	20.01.2022
24. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird ( <b>7. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 24/2022</a> , ausgegeben am 20.01.2022	21.01.2022	30.01.2022
<b>COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV</b>		
479. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – <b>COVID-19-NotMV</b> ), <a href="#">BGBl. II 479/2020</a> , ausgegeben am 15.11.2020 <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser VO tritt die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl. II 463/2020, außer Kraft. Die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl. II 197/2020, tritt nicht wieder in Kraft.</i>	17.11.2020	06.12.2020 § 1 und § 12 26.11.2020
528. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege, und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV geändert wird ( <b>1. COVID-19-NotMV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl. II 528/2020</a> , ausgegeben am 25.11.2020	27.11.2020	§ 1 und § 12 6.12.2020

598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – <b>2. COVID-19-NotMV</b> ), erlassen wird, <a href="#">BGBl II 598/2020</a> , ausgegeben am 22.12.2020  <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die 3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 566/2020, außer Kraft.</i>	26.12.2020	04.01.2021
2. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), <a href="#">BGBl II 2/2021</a> , ausgegeben am 04.01.2021	05.01.2021	14.01.2021
17. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), <a href="#">BGBl II 17/2021</a> , ausgegeben am 14.01.2021	15.01.2021	24.01.2021
27. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – <b>3. COVID-19-NotMV</b> ), <a href="#">BGBl II 27/2021</a> , ausgegeben am 21.01.2021	25.01.2021	03.02.2021
49. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – <b>4. COVID-19-NotMV</b> ), <a href="#">BGBl II 49/2021</a> , ausgegeben am 02.02.2021	04.02.2021	07.02.2021
475. Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (5. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – <b>5. COVID-19-NotMV</b> ), <a href="#">BGBl II 475/2021</a> , ausgegeben am 21.11.2021	22.11.2021	<del>04.12.2021</del> 11.12.2021 (lt. BGBl II 511/2021)
511. Verordnung, mit der die 5. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung (5. COVID-19-NotMV) geändert wird ( <b>1. Novelle zur 5. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 511/2021</a> , ausgegeben am 01.12.2021	02.12.2021  § 2 Abs. 2 Z 1 mit 06.12.2021	11.12.2021  § 18 Abs. 11 mit 06.12.2021

## G. COVID-19-ÖffnungsVO (COVID-19-ÖV)

214. Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie (COVID-19-Öffnungsverordnung – <b>COVID-19-ÖV</b> ), <a href="#">BGBl II 214/2021</a> , ausgegeben am 10.05.2021	19.05.2021	30.06.2021 <del>§§ 13-16 mit Ablauf des 16.06.2021</del> (lt. BGBl. II 247/2021)
214. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird ( <b>1. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 214/2021</a> , ausgegeben am 10.05.2021  <i>Anmerkung: Hier werden §8 Abs. 4 und §9 Abs. 5 geändert, diese treten mit Inkrafttreten jenes nachfolgenden Bundesgesetzes in Kraft, durch das § 1 Abs. 5 Z 6 des COVID-19-MG geändert wird (§ 13 Abs. 10 COVID-19-MG) -&gt; mit Stand 20.05.2021 gibt es jedoch keine Z6 in §1 Abs. 5 des COVID-19-MG</i>	§8(4) und §9(5) nach Änderung von §1(5) Z6 COVID-19-MG in Kraft	<i>unverändert</i>
223. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird ( <b>2. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 223/2021</a> , ausgegeben am 18.05.2021	19.05.2021	<i>unverändert</i>

242. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird ( <b>3. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 242/2021</a> , ausgegeben am 01.06.2021	03.06.2021	<i>unverändert</i>
247. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird ( <b>4. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 247/2021</a> , ausgegeben am 02.06.2021	10.06.2021 §16a (5) u §17(1) bereits mit 03.06.2021	§ 5 Abs. 1 Z 4 und Abs. 6 zweiter Satz, § 13 Abs. 6 zweiter Satz und § 24 Abs. 1 zweiter Satz mit 10.06.2021
256. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird ( <b>5. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 256/2021</a> , ausgegeben am 09.06.2021	10.06.2021	<i>unverändert</i>

## 2. COVID-19-Öffnungsverordnung

278. Verordnung, mit der die Verordnung über weitere Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie ( <b>2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ) erlassen wird, <a href="#">BGBl II 278/2021</a> , ausgegeben am 28.06.2021	01.07.2021	<del>31.08.2021</del> <del>30.09.2021</del> (lt. BGBl II 366/2021) 31.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021)  §§ 12 – 16: <del>28.07.2021</del> <del>19.08.2021</del> (lt. BGBl II 321/2021) <del>17.09.2021</del> (lt. BGBl II 366/2021) 13.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021)
278. Verordnung, mit der die Verordnung über weitere Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird ( <b>1. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 278/2021</a> , ausgegeben am 28.06.2021	22.07.2021	§ 8 Abs. 5 zweiter Satz und § 17 samt Überschrift mit 22.07.2021
321. Verordnung, mit der die Verordnung BGBl. II Nr. 278/2021 und die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert werden ( <b>2. und 3. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 321/2021</a> , ausgegeben am 16.07.2021	22.07.2021 § 1 Abs. 2 15.08.2021	<i>unverändert</i>
328. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird ( <b>4. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 328/2021</a> , ausgegeben am 20.07.2021	22.07.2021	<i>unverändert</i>
366. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird ( <b>5. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 366/2021</a> , ausgegeben am 18.08.2021	§ 17 Abs. 2 und § 23 Abs. 1 20.08.2021  § 9 Abs. 1 und 2, § 19 Abs. 1 Z 1 für Bgld, NÖ,	30.09.2021

	Wien, 06.09.2021 für alle anderen Bundesländer mit 13.09.2021	
367. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird ( <b>6. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 367/2021</a>	20.08.2021	<i>unverändert</i>
385. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird ( <b>7. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II 385/2021</a>	für Bgld, NÖ, Wien, 06.09.2021 für alle anderen Bundesländer mit 13.09.2021	§ 19 Abs. 1a Z 1 zweiter Satz mit 30.09.2021 außer Kraft <i>Rest: unverändert</i>
394. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird ( <b>8. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II 394/2021</a>  <i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV)“</i>	15.09.2021	31.10.2021  § 19 Abs. 3 Z 8 mit 15.09.2021

### **Neuer Name: 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV**

396. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19- MV), geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung), <a href="#">BGBl. II 396/2021</a>	15.09.2021	<i>unverändert:</i> 31.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021) <del>§§ 12 – 16:</del> <del>13.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021)</del> (lt. BGBl II 429/2021)
429. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird ( <b>2. Novelle zur 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 429/2021</a> , ausgegeben am 11.10.2021	12.10.2021	<i>unverändert</i>

### **3. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 3. COVID-19-MV**

441. Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, <a href="#">BGBl II 441/2021</a> , ausgegeben am 25.10.2021  <i>Mit Inkrafttreten der Verordnung BGBl II 465/2021 tritt die 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung (3. COVID-19-MV) außer Kraft.</i>	01.11.2021  § 3 Abs. 2 Z 1: 15.11.2021	<b>15.11.2021 (lt. BGBl II 465/2021)</b>  <del>12.12.2021</del> (lt. BGBl. II 459/2021)
---	---	---

		<del>30.11.2021</del> §§ 12 bis 16: <del>05.12.2021</del> (lt. BGBl. II 459/2021) <del>28.11.2021</del> § 19 Abs. 10: 15.11.2021
456. Verordnung, mit der die 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird ( <b>1. Novelle zur 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II 456/2021</a> , ausgegeben am 02.11.2021	08.11.2021	<i>unverändert</i>
459. Verordnung, mit der die 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung (3. COVID-19-MV) und die Verordnung BGBl. II Nr. 456/2021 geändert werden ( <b>2. Novelle zur 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II 459/2021</a> , ausgegeben am 07.11.2021	§ 3 Abs. 2 Z 2, § 9 Abs. 2, § 10 Abs. 2 bis 4, § 11 Abs. 3 mit 15.11.2021 § 1 Abs. 2 Z 1 lit. a, c und d mit 06.12.2021 Rest mit 08.11.2021	12.12.2021 §§ 12 bis 16 mit 05.12.2021 § 12 Abs. 9 mit 08.11.2021 § 19 Abs. 12 mit 06.12.2021

#### 4. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 4. COVID-19-MV

34. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, erlassen wird ( <b>4. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 4. COVID-19-MV</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 34/2022</a> , ausgegeben am 29.01.2022	31.01.2022	<del>27.02.2022</del> 12.03.2022 (lt. BGBl. II Nr. 55/2022) §§ 13 bis 17: <del>09.02.2022</del> <del>14.02.2022</del> (lt. BGBl. II Nr. 46/2022) <del>21.02.2022</del> (lt. BGBl. II Nr. 55/2022) 28.02.2022 (lt. BGBl. II Nr. 62/2022)
34. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, geändert wird ( <b>1. Novelle zur 4. COVID-19-Maßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 34/2022</a> , ausgegeben am 29.01.2022	01.02.2022	<i>unverändert</i>
38. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, geändert wird ( <b>2. Novelle zur 4. COVID-19-Maßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 38/2022</a> , ausgegeben am 31.01.2022	01.02.2022	<i>unverändert</i>
46. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, geändert wird ( <b>3. Novelle zur 4. COVID-19-Maßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 46/2022</a> , ausgegeben am 04.02.2022	05.02.2022	§§ 13 bis 17: 14.02.2022 § 20 Abs. 7 Z 3 und § 20 Abs. 12 Z 3

		treten mit 05.02.2022 außer Kraft
55. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, geändert wird ( <b>4. Novelle zur 4. COVID-19-Maßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 55/2022</a> , ausgegeben am 11.02.2022	12.02.2022	12.03.2022 §13 bis 17: 21.02.2022  § 13 Abs. 1 Z 7 mit 12.02.2022 außer Kraft
62. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, geändert wird ( <b>5. Novelle zur 4. COVID-19-Maßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 62/2022</a> , ausgegeben am 18.02.2022	19.02.2022	<i>Unverändert</i> §13 bis 17: 28.02.2022  § 20 Abs. 8 und 15 mit 19.02.2022 außer Kraft

## H. COVID-19-VirusvariantenVO (COVID-19-VvV)

63. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zusätzliche Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 (Virusvariante B.1.351) getroffen werden ( <b>COVID-19-Virusvariantenverordnung – COVID-19-VvV</b> ), <a href="#">BGBl. II 63/2021</a> , ausgegeben am 10.02.2021	12.02.2021 <b>(Tirol)</b>	21.02.2021
85. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, <a href="#">BGBl. II 85/2021</a> , ausgegeben am 19.02.2021	20.02.2021	03.03.2021
98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, <a href="#">BGBl. II 98/2021</a> , ausgegeben am 03.03.2021	04.03.2021	10.03.2021

Eine Gesamtchronologie zum COVID-19-Maßnahmenrecht finden Sie [hier](#).

**Hinweis:** Die Zusammenstellung der COVID-19-Maßnahmengesetze und -verordnungen wird vom LVwG Niederösterreich zur Verfügung gestellt.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren/kündigen](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

## DISCLAIMER

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## IMPRESSUM

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Hans Ebner (LL.M.), Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, MMag. (FH) Daniela Ertl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, Univ.-Ass. Mag. Ilka Kuci, Mag. Karin Schmid-Küllinger, Wiss.-Mit. Laura Weberndorfer.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell einschließlich der Zusammenstellung zum COVID-19-Maßnahmerecht trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.